



Newsletter Nr. 2/2023 (Juni)

Inhalt:

Vorwort	2
Bericht zum Sommerempfang der LAG FW am 22.06.2023	3
Bericht aus dem Bereich Engagement und Ehrenamt Vorstellung des EK Selbsthilfe der LAG FW	5
Bericht aus dem Bereich Migration Neues Bundesförderprogramm für Asylverfahrensberatung – Ausschreibung durch das BAMF gestartet	6
Berichte aus dem Bereich Soziale Dienste Betreuungsvereine leisten wichtige Arbeit für das Gemeinwesen und ist finanziell am Limit	7
„Chancen in Freiheit“ – Parlamentarischer Abend der LAG FW	8
Berichte der Landesstelle Jugendschutz Neue Broschüre: „Sexualisierte Gewalt an Kindern – Informationen und Orientierung für Fachkräfte“	10
Podcast „Pornografie und Jugendschutz“	10
10. Eltern-Medien-Trainer*innen Kurs abgeschlossen	11
Bericht der Stelle für Soziale Innovationen Regionalministerium fördert Soziale Innovation mit 4,9 Millionen Euro: Ministerin Wiebke Osigus lobt Vielfalt der Ansätze in aktueller Förderrunde	12
Steuerungsgruppe Soziale Innovation schließt die zweite Antragsrunde ab	14
Sonstiges Nds. Sozialpreis zum zweiten Mal verliehen	15

Vorwort

Liebe Leser*innen, liebe Kolleg*innen,

Sie erhalten den neuen Newsletter der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts-
pflege in Niedersachsen (LAG FW).

Im Rückblick auf den Newsletter im Sommer 2022 können wir doch aktuell von einer ent-
spannteren Situation der pandemischen Lage sprechen. Vor allem für die Einrichtungen der
Altenhilfe und Eingliederungshilfe bedeuten die Rücknahmen der Einschränkungen auch
eine Rückkehr zum „Normalbetrieb“ und der Möglichkeit zu sozialen Kontakten, die während
der letzten drei Jahre oft gar nicht mehr möglich gewesen sind. Leider hat sich hingegen im
Vergleich zum Sommer 2022 die Situation in der Ukraine nicht entspannt. Im Gegenteil füh-
ren die Folgen des Angriffskrieges Russlands weiterhin zur Vertreibung vieler Menschen aus
ihrer Heimat. Mit hohem Engagement beraten insbesondere die Fachkräfte in den Migrati-
onsberatungsstellen auch die geflüchteten Menschen aus diesem Kriegsgebiet.
Neben der Situation in der Pflege und in den Kindertagesstätten ist daher das Thema Migra-
tion / Integration auch ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Gespräche mit den zuständigen
Ministerien. Dabei spielt das Thema Fachkräftemangel bzw. Arbeitskräftemangel eine immer
wichtiger werdende Rolle in allen politischen Gesprächen.

Sehr erfreulich ist es, dass wir in diesem Jahr gemeinsam mit vielen Landespolitikern*innen,
Vertrete*innen von Kassen; Ministerien und mit vielen Vertreter*innen aus den Mitgliedsver-
bänden der LAG FW unseren Jahresempfang durchführen konnten. Neben dem Grußwort
von Sozialminister Dr. Andreas Philippi, war der Vortrag von Manfred Baer und Axel Wedler
von IBM zur Initiative #positivarbeiten und die anschließende Unterzeichnung der Deklara-
tion der Höhepunkt des Jahresempfanges. Den Bericht zum Jahresempfang finden Sie auf
den Seiten 3ff.

Den Bericht über den sehr gelungenen parlamentarischen Abend der Anlaufstellen für Straf-
fällige „Chancen in Freiheit“ finden Sie auf den Seiten 8ff.

Zum Sozialpreis, der wiederum gemeinsam mit den Unternehmerverbänden Niedersachsen
vergeben wurde, finden Sie einen ausführlichen Be-
richt auf den Seiten 15ff.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre auch
der weiteren Berichte aus dem Ausschuss Soziale
Dienste zum Thema „Betreuungsverein gefährdet“,
sowie aus der Projektstelle Soziale Innovation, von
der Landesstelle Jugendschutz und aus unserem
Ausschuss Migration zum Bundesförderprogramm
Asylverfahrensberatung.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Sommerzeit.

Falls Sie Rückfragen haben, wenden Sie
sich gerne an die LAG FW Geschäftsstelle.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Martin Fischer
Geschäftsführer

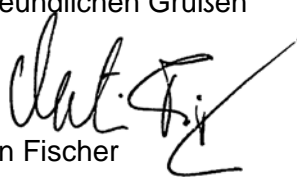


Foto von Anja Strebels

Land und Wohlfahrtspflege Niedersachsen unterzeichnen Deklaration #positivarbeiten

Am 22. Juni fand im Seminar- und Tagungszentrum des DRK-Landesverbandes Niedersachsen in Hannover-Misburg der diesjährige Sommerempfang der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW) statt. Die rund 100 Gäste aus Politik, Gesellschaft und den niedersächsischen Wohlfahrtsverbänden waren gekommen, um unter anderem einem Grußwort des Niedersächsischen Sozialministers Dr. Andreas Philippi sowie dem Vortrag von Manfred Baer und Axel Wedler von IBM zur Initiative #positivarbeiten beizuwohnen und sich anschließend über aktuelle Themen aus den Bereichen Wohlfahrt und Sozialarbeit auszutauschen. Im Rahmen des Sommerempfangs wurde außerdem die Deklaration #positivarbeiten von Dr. Andreas Philippi für das Land Niedersachsen sowie Dr. Ralf Selbach, dem Vorsitzenden der LAG FW, für die niedersächsische Wohlfahrtspflege unterzeichnet. Die Initiative ist ein gemeinsames Projekt der Deutschen Aidshilfe und der Unternehmen IBM und SAP und setzt sich für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen im Arbeitsleben ein.



Gruppenbild von links nach rechts: Dr. Ralf Selbach, Minister Dr. Andreas Philippi, Staatssekretärin Dr. Christine Arbogast, Manfred Baer und Axel Wedler
Foto: Azra Avdagic, DRK LV Nds.

„Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege setzt sich bereits seit Jahren gegen jegliche Form der Diskriminierung ein. HIV ist nach wie vor ein Thema, das, trotz vielfältiger Aufklärung, leider mit zahlreichen Tabus und Vorurteilen behaftet ist. Deswegen begrüßen wir die Initiative #positivarbeiten ausdrücklich und freuen uns, zu den Unterzeichnern dieser wichtigen Deklaration zu gehören“, sagt Dr. Ralf Selbach, Vorsitzender der LAG FW und Vorstandsvorsitzender des DRK-Landesverbandes Niedersachsen.

„Vorurteile sind irrational und deshalb besonders hartnäckig. Nur so ist es zu erklären, dass Menschen mit HIV im Alltag noch immer Ausgrenzung und Ablehnung erleben. Auch bei der Arbeit. Hier wollen wir in Niedersachsen ansetzen und ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem sich niemand verstecken muss. Bei uns ist der offene Umgang mit chronischen Erkrankungen längst guter Brauch.“ so Dr. Andreas Philippi, Niedersächsischer Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung.



„Die Angst vor Diskriminierung belastet Menschen mit HIV oft sehr stark, in vielen Fällen sogar mehr als das Virus selbst. Das Projekt #positivarbeiten hat ein Ziel: Alle Menschen sollen frei entscheiden können, ob sie anderen von ihrer HIV-Infektion berichten oder nicht. Die Angst vor Diskriminierung sollte kein Grund sein, es nicht zu tun! Unternehmen, Organisationen und

Verbände können das Projekt #positivarbeiten unterstützen, indem sie sich zu diesem Ziel bekennen und die Deklaration unterschreiben. Sie zeigen damit, dass sie HIV-infizierte Menschen unterstützen und gemeinsam gegen Diskriminierung kämpfen. Es ist ein tolles Zeichen, dass nun auch das Land Niedersachsen sowie die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zu den Unterzeichnern zählen!“, erklärt Axel Wedler, Senior Manager bei IBM Deutschland GmbH und Mitbegründer der Initiative #positivarbeiten.

Bericht aus dem Bereich Engagement und Ehrenamt

Vorstellung des EK Selbsthilfe der LAG FW

Da sich der Expert*innenkreis in den letzten Jahren personell neu zusammengesetzt hat, darf jetzt dieser Rahmen genutzt werden, um uns als Gremium kurz vorzustellen. Einen Sitz in dem Gremium haben Agnieszka Krawczyk-Balon (Caritas), Andrea Strodtmann (Diakonie), Anne Brandt (AWO), Birgit Jaster (Paritätischer) Christine Mahlstedt (AWO) und Carolina Kalmbach (Paritätischer).

Der Expert*innenkreis Selbsthilfe befasst sich schwerpunktmäßig mit Herausforderungen in der praktischen Arbeit vor Ort in den Selbsthilfekontaktstellen, Organisationen und Gruppen. In dem Gremium werden aktuelle Fragestellungen und Hürden diskutiert, die sich auf die Verbände, Organisationen und den einzelnen Menschen auswirken.

In dem Zusammenschluss werden Rahmenbedingungen und Gesetzesentwürfe diskutiert. Gemeinsam werden Lösungsansätze besprochen und sozialpolitische Stellungnahmen als Handreichung und Positionspapier eingereicht. Diese dienen dann an unterschiedlicher politischer Stelle als Argumentationshilfe und haben bestenfalls nachhaltige Auswirkungen.

Ziel der Arbeit des Expert*innenkreises Selbsthilfe ist es, als fachliches Fundament die Qualitätssicherung- und Weiterentwicklung der Selbsthilfe gem. § 20 h Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V), im Blick zu haben. Ebenso die Förderung und Unterstützung von gesundheitlicher Prävention oder Rehabilitation aller Menschen und Unterstützung durch Teilhabe einer gleichberechtigten Gesellschaft – Der Expert*innenkreis tagt drei bis vier Mal im Jahr und hat einen Sitz im Ausschuss Engagement und Ehrenamt. In diesem Ausschuss werden Strategien für das weitere Vorgehen besprochen.

Momentan beschäftigt sich der Expert*innenkreis Selbsthilfe mit dem Schwerpunktthema Förderung der „Sozial- und gesundheitsbezogene Selbsthilfe“. Die Landesförderung des Ministeriums wurde vom Landesrechnungshof auf den Prüfstand gestellt. Weshalb das Ministerium jetzt an einer Richtlinie schreibt, welche nach EU-Beihilferecht geprüft wird. Die Richtlinie wird vom MS mit einer Verbandsbeteiligung in den nächsten Monaten bis Ende des Jahres erstellt. Bestandteil der Richtlinie sind Kennzahlen als Nachweis gegenüber dem Förderer. Diese Kennzahlen und weitere Bestandteile des Entwurfes der Richtlinie werden von dem Expert*innenkreis Selbsthilfe und dem Ausschuss geprüft, sobald diese bekannt ist.

Für Rückfragen steht Ihnen die Sprecherin, Carolina Kalmbach, Tel.: 05 11 / 92 09 09-6 40, E-Mail: carolina.kalmbach@paritätischer.de, zur Verfügung.

Bericht aus dem Bereich Migration

Neues Bundesförderprogramm für Asylverfahrensberatung – Ausschreibung durch das BAMF gestartet

Die freie Wohlfahrtspflege fordert seit vielen Jahren die Umsetzung einer bundesgeförderten Asylverfahrensberatung (AVB). Studien und Pilotprojekte haben gezeigt, dass sich der Zugang von Schutzsuchenden zur AVB positiv auswirkt auf Rechtstaatlichkeit, Fairness, Qualität, Effizienz und Akzeptanz des Asylverfahrens.

Im Koalitionsvertrag hat sich der Bund mittlerweile dazu verpflichtet, eine „flächendeckende, behördenunabhängige Asylverfahrensberatung einzuführen, um mit informierten Antragstellerinnen und Antragstellern für eine Verfahrensbeschleunigung zu sorgen“.

Im Rahmen der jetzt erfolgten Ausschreibung stehen für Niedersachsen rd. 1,5 Mio. € zur Verfügung, mit denen ca. 20 Beratungsstellen eingerichtet werden sollen. Die Anlaufstellen für eine Asylverfahrensberatung werden sich überwiegend in oder in der Nähe von Erstaufnahmeeinrichtungen befinden, wo durch die Unterbringung von Asylbewerber*innen der Bedarf am größten ist. Wichtig sind die Gewährleistung einer guten Erreichbarkeit für die Zielgruppe sowie eine klar erkennbare räumliche Trennung von behördlichen Strukturen. Das bereits existierende stabile und bewährte Netzwerk von Flüchtlings- und Migrationsdiensten in Niedersachsen wird dadurch um eine professionelle AVB erweitert.

Die AVB wendet sich an alle Menschen, die in Deutschland Schutz suchen und einen Asylantrag stellen, wobei auch Antragsteller*innen von Folgeanträgen umfassend beraten werden sollen. Die AVB sollte so früh wie möglich, d. h. nach Möglichkeit schon vor der Asylantragstellung ansetzen. Gerade die Einräumung eines ausreichenden Zeitfensters für Ankommen, Information und Beratung vor der Antragstellung sind wesentlich, um durch frühzeitige Klärung aller relevanten Aspekte zur Zeitersparnis im weiteren Verlauf des Verfahrens beizutragen. Die Schutzsuchenden sollen dann bis zu einem rechtskräftigen Abschluss des Asylverfahrens begleitet werden.

Geplant ist, dass das BAMF weiterhin vor Ort in den Erstaufnahmeeinrichtungen allgemeine Informationen über Ablauf, Rechte und Pflichten im Asylverfahren in Gruppenform vermittelt. Die anschließende individuelle und behördenunabhängige AVB im Sinne einer Rechtsberatung erfolgt, aber ausschließlich durch Wohlfahrtsverbände und freie Träger.

Wesentliche Schwerpunkte der AVB sind:

- Individuelle Beratung zu Rechten, Pflichten, Erfolgsaussichten und Rechtsfolgen des Verfahrens sowie Rechtsschutzmöglichkeiten
- Vorbereitung auf und ggfs. Begleitung zur Anhörung
- Unterstützung bei der Erfüllung von Mitwirkungspflichten, z. B. Dokumentenbeschaffung
- Unterstützung bei der Identifizierung und Geltendmachung besonderer Bedarfe

Für Rückfragen steht Ihnen Regina Krome, Vorsitzende des Ausschusses „Migration und Integration“, (Tel.: 05 11 / 5 24 86 - 3 83, Mail: regina.krome@paritaetischer.de), zur Verfügung.

UNSER BETREUUNGSVEREIN LEISTET WICHTIGE ARBEIT FÜR DAS GEMEINWESEN UND IST FINANZIELL AM LIMIT

Sie fragen sich, wie Sie uns helfen können?

Stimmen Sie der **Anpassung der Betreuervergütung an den neuen TVöD-Tarif zu und retten unseren Betreuungsverein!**

#BetreuungFairgüten



(Bildunterschrift: Aktuelle Postkartenaktion der BAGFW)

Betreuungsvereine sind wichtige Akteure in den Kommunen und für das soziale Angebot vor Ort unentbehrlich. Gerade angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft bieten Betreuungsvereine Beratungs- und Unterstützungsangebote, die dazu beitragen, dass Menschen sich vor Ort aktiv und verantwortlich engagieren können. Hilfebedürftige Menschen erhalten so Beratung und konkrete Unterstützung.

Betreuungsvereine informieren über Vorsorgemöglichkeiten wie Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung. Sie beraten und schulen Bevollmächtigte, Angehörige und rechtliche Betreuer. Ihre beruflichen und ehrenamtlichen Mitarbeitenden übernehmen außerdem selbst Rechtliche Betreuungen. Betreuungsvereine sind gut vernetzt mit anderen Einrichtungen der Kommunen.

Die Vereine benötigen zu ihrer Existenzsicherung ab sofort eine angemessene Ausstattung in Form von Landes- und Kommunalförderung zur Bewältigung der bisherigen und der durch die Betreuungsrechtsreform zum 01.01.2023 neu hinzugekommenen Querschnittsaufgaben. Die am 14.06.2023 im Ministerialblatt veröffentlichte Änderung der Förderrichtlinie des Landes wird dem nicht ansatzweise gerecht.

Dass die Betreuungsvereine sich erneut in einer finanziellen Schieflage befinden, liegt auch daran, dass der Aufgabenbereich des Führens von Vereinsbetreuungen unterfinanziert ist. Die aktuelle Kostenexplosion (Tariferhöhungen, Energiekosten, Inflation) kann durch die seit Juli 2019 gültigen (und unveränderten) Pauschalen im Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz (VBVG) nicht mehr aufgefangen werden. Die geplante Evaluierung des Gesetzes Ende 2024 mit in Aussicht stehenden Anpassungen der Pauschalen nicht vor 2025 kommt für die Betreuungsvereine zu spät.

Dabei ist das Führen von Vereinsbetreuungen neben der Querschnittsarbeit wesentlicher Teil der Arbeit der Betreuungsvereine.

Bei vielen Kommunen scheint noch nicht wirklich realisiert worden zu sein, dass sie als Ausfallbürgen die kompletten Kosten für die berufliche Betreuungsführung zahlen müssen, wenn

sie außerhalb der Behörde keine Betreuer*innen mehr finden. Bei einem Erhalt der Betreuungsvereine können diese wie bisher einen großen Teil der erforderlichen Finanzen aus den vom Land zu zahlenden Fallpauschalen generieren.

Durch die jahrelange Mitfinanzierung der staatlichen Pflichtaufgabe Rechtliche Betreuung aus Eigenmitteln der Vereine sind deren Reserven aufgebraucht, was spätestens zum Jahresende 2023 zu konkreten Liquiditätsproblemen führen wird.

Für Rückfragen steht Ihnen der Sprecher des EK Betreuungsrecht, Klaus Jacobs, (Tel. 05 41 / 3 49 78-2 66, Email: KJacobs@caritas-os.de) zur Verfügung.

„Chancen in Freiheit“ – Parlamentarischer Abend der LAG FW

„Aller guten Dinge sind drei!“ Nachdem die Pandemie die Durchführung eines Parlamentarischen Abends der Straffälligenhilfe zweimal verhindert hat, konnte die LAG FW am 04.05.2023 endlich einladen. Und der Geschäftsführer der LAG FW Niedersachsen, Martin Fischer, konnte zahlreiche Gäste begrüßen: Vertreter*innen der Landespolitik, der Wohlfahrtsverbände, der Einrichtungsträger und kooperierenden Dienste sowie Praktiker*innen aus der Straffälligenhilfe trafen sich zu Austausch und Dialog im Leineschloss in Hannover.

Die Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtages, Meta Janssen-Kucz, betonte in ihrem Grußwort den Stellenwert der Anlaufstellen für Straffälligenhilfe und der Wohnprojekte ebenso wie Dr. Ralf Selbach als Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen.

Die niedersächsische Justizministerin Dr. Katrin Wahlmann würdigte in ihrem Grußwort ebenfalls die Bedeutung der Anlaufstellen für Straffällige, die mit ihrer Arbeit seit über 40 Jahren einen unschätzbaren Einsatz für die Wiedereingliederung von straffällig gewordenen Menschen leisteten. Die Ministerin hob dabei das erfolgreiche Haftvermeidungsprojekt der Geldverwaltung zur Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen und die verbindliche Zusammenarbeit im Übergangsmangement als wichtige Aufgabenbereiche hervor. Hier leiste die freie Straffälligenhilfe in Nieder-



Foto: Anlaufstellen

sachsen mit ihrer Arbeit einen unverzichtbaren präventiven Beitrag. Die Anlaufstellen für Straffälligenhilfe seien ein Bestandteil der Justiz in Niedersachsen. Und alle Teilnehmenden freuten sich über das Versprechen der Ministerin, dass sie sich für die sichere Finanzierung der Anlaufstellen und Wohnprojekte der Straffälligenhilfe in Niedersachsen einsetzen werde.

Burkhard Teschner und Hermann-Josef Schmeinck gaben als Moderatorenteam in humorvoller Weise Impulse aus der Praxis, blickten zurück auf über 40 Jahre Anlaufstellen in Niedersachsen und schauten auf Perspektiven und Herausforderungen. Der Bluespianist Pete Budden begleitete den Abend musikalisch und setzte gekonnt Akzente an den entsprechenden Stellen des Vortrages.



Bei Getränken und Buffet gab es anschließend Gelegenheit zu Austausch und Begegnung. Ein gelungener Abend fand einen ebenso gelungenen Abschluss!

Wir bedanken uns bei allen, die die Durchführung des Parlamentarischen Abends durch ihre Unterstützung möglich gemacht haben!

Berichte der Landesstelle Jugendschutz

Neue Broschüre: „Sexualisierte Gewalt an Kindern – Informationen und Orientierung für Fachkräfte“

Eine neue kompakte Broschüre aus dem Projekt „Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch“ der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen richtet sich an Lehrkräfte, Erzieher*innen und andere pädagogische Fachkräfte. Sexueller Missbrauch ist ein Alltagsrisiko für Kinder in Deutschland. In einer Schulklasse mit 20 Kindern sind statistisch ein bis zwei Kinder betroffen. Schutz und Hilfe für sie beruhen darauf, dass Erwachsene ihre Notlagen erkennen und Unterstützung organisieren können. Pädagogische Fachkräfte sind Schlüsselpersonen für Intervention und Prävention bei sexualisierter Gewalt. Gleichzeitig ist das Thema für sie eine große Herausforderung.

Die Broschüre vermittelt zentrale Informationen zu sexueller Gewalt an Kindern. Sie benennt wichtige erste Handlungsschritte für den Fall, dass eine Missbrauchsvermutung auftaucht oder sich ein Kind anvertraut und gibt erste Impulse für eine gelungene Präventionsarbeit in KiTas und Grundschulen. Die Broschüre (20 Seiten, Din A 5) kann kostenlos bei der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen bestellt werden, es wird eine Pauschale für Porto und Versand erhoben.



Ausführliche Informationen zum Thema finden Fachkräfte in dem seit 2020 erhältlichen Handlungsleitfaden: „Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch – Handlungsorientierungen für Prävention und Intervention“, der ebenfalls bei der Landesstelle Jugendschutz erhältlich ist.

Weitere Informationen erhalten Sie bei: Christine Eichholz (christine.eichholz@jugendschutz-niedersachsen.de)

Podcast „Pornografie und Jugendschutz“

Im Anschluss an die Online-Tagung „Pornografie und Jugendschutz – ein Update“ steht auf der Webseite der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (www.jugendschutz-niedersachsen.de) ein Podcast zur Verfügung. In dem Interview mit Dr. Anja Henningsen (Professorin für Geschlechterkompetenz und Diversität im Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit der Fachhochschule Kiel) werden die Erkenntnisse der Online-Tagung resümiert. Im Podcast geht es um Pornografie und sexualisierte Medieninhalte, um Geschlechterunterschiede und -gemeinsamkeiten in Nutzung und Wirkung, sowie Konsequenzen für die pädagogische Praxis.

Bericht der Stelle für Soziale Innovation

Regionalministerium fördert Soziale Innovation mit 4,9 Millionen Euro:

Ministerin Wiebke Osigus lobt Vielfalt der Ansätze in aktueller Förderrunde

Ob Smartphones, E-Mobilität oder Künstliche Intelligenz - technologische Innovationen revolutionieren unseren Alltag. Dies bringt soziale Herausforderungen mit sich. Deren Bewältigung fördert Niedersachsen über das Programm „Soziale Innovation“ mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds Plus der Europäischen Union. Nun wurden im ersten Durchgang für die neue EU-Förderperiode 2021 - 2027 elf Projekte in einer Gesamthöhe von 4,9 Millionen Euro bewilligt. Das Portfolio reicht vom Einsatz von Exoskeletten über die Gewinnung von Kita-Kräften bis zur Fernblutentnahme.

Europa- und Regionalministerin Wiebke Osigus sprach von einem sehr gelungenen Auftakt: „Offenbar liegen wir mit dem Programm „Soziale Innovation“ in Niedersachsen genau richtig. Die Nachfrage ist erneut angestiegen und von den bewilligten Projekten ist jedes für sich einzigartig“, sagte sie. „Soziale Teilhabe an technologischen Innovationen ist mir ein zentrales Anliegen. Neue Techniken bieten oft Chancen zur Beteiligung und Inklusion.“

Das Programm „Soziale Innovation“ läuft seit dem Jahr 2015. Für die EU-Förderperiode 2021-2027 stehen aktuell insgesamt 18,6 Millionen Euro zur Verfügung.

Die geförderten Projekte:

Gesundheitswirtschaft Hannover: Exoskelette im Handwerk und in der Pflege (AW)

Das Projekt soll ein Netzwerk aus Wissenschaft, Unternehmen und Beschäftigten aufbauen und den Einsatz von Exoskeletten in bis zu 20 Handwerks- und Pflegeunternehmen erproben. Dabei sollen mögliche Einsatzgebiete, Tätigkeiten und Mehrwerte der Exoskelette ermittelt und die Akzeptanz der Mitarbeitenden gesteigert werden.

Hannoverimpuls: Future Health Lab (AW)

Das Future Health Lab soll neue Lösungen für den Gesundheitsmarkt realisieren. Gesundheitsaffine Personen und Startup-Teams sowie Intrapreneur*innen und Entrepreneur*innen konzipieren gemeinsam mit dem Future Health Lab interdisziplinär Ideen. Dazu werden ein unterstützendes Netzwerk und ein Testumfeld aus Multiplikator*innen und Mentor*innen etabliert und Finanzierungsstrukturen identifiziert.

care pioneers Oldenburg: Pflege und Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum (DSV)

Das Projekt zielt auf die Etablierung telemedizinischer und telepflegerischer Angebote im ländlichen Raum, um die Akteur*innen vor Ort zu entlasten. An einem zentralen Ort wird ein telemedizinischer Raum (TMR) errichtet und seine Eignung als Ersatz bzw. als Ergänzung zu Hausarztbesuchen untersucht. Um privat Pflegenden im Alltag zu unterstützen und ihre pflegerischen Kompetenzen aufzubauen, ist eine Telepflegeplattform geplant. Digitale Lots*innen sollen die Nutzung der neuen Angebote erleichtern.



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds

Regionales kooperatives Rheumazentrum Hannover: Kommunikation in der Praxis (AW)

Das Projekt hat eine moderne, schnelle und stets verfügbare Kommunikation sowie eine patientenintegrierte Praxisentwicklung zum Ziel. Eine zu entwickelnde App soll chronisch Kranken ermöglichen, sich gezielt auf Termine vorzubereiten oder Informationen zu medizinischen Themen zu erhalten. Ergänzt wird die App durch Umfragen und Online-Fragebögen beispielsweise zu Öffnungszeiten und Services. So sollen Telefonwarteschleifen abgebaut, Kommunikation verbessert und Versorgungsqualität gesteigert werden.

ÖB Emsland in Papenburg: Unternehmenswandel in multiprofessionellen Kitas (AW)

Der anhaltende Fachkräftemangel in Kitas erfordert innovative Lösungen. Das Projekt soll Personal aus anderen Berufsfeldern gewinnen, indem die dort erworbenen Kompetenzen weiterentwickelt und etabliert werden und der Qualifizierungsbedarf identifiziert wird. Außerdem sollen Teamkulturen und Managementkompetenzen gestärkt werden.

Hochschule Emden/Leer: Prozessdesign für lebendige Organisationen (ProIOg) (AW)

Technologische und gesellschaftliche Entwicklungen fordern Arbeitsmarkt und Arbeitskulturen heraus. Auch verändern sich die Ansprüche vieler Arbeitnehmer*innen an die Motivation und Sinnhaftigkeit ihrer Tätigkeit. Das Projekt soll Unternehmen befähigen, entsprechende Änderungsprozesse anzustoßen.

Leuphana Universität Lüneburg: Transformation durch inklusive Arbeitswelten (AW)

Das Projekt soll die sozial-innovative Transformation durch inklusive Arbeitswelten vorantreiben und Unternehmen zu mehr sozialer Gerechtigkeit befähigen. Bei der Entwicklung, Testung und Evaluierung von Maßnahmen werden die Hürden von Unternehmen bei der nachhaltigen Einstellung von Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen ebenso berücksichtigt wie etwaige Vorbehalte von Kund*innen.

Hochschule Emden / Leer: MIINTER - social Franchise zur Gewinnung Ehrenamtlicher (DSV)

Das Projekt soll dem Rückgang an ehrenamtlichen Helfer*innen entgegenwirken. Die inzwischen oft weniger wirksame persönliche Ansprache wird dabei durch die Vernetzung der beteiligten bzw. initiiierenden Vereine und Unternehmen über eine digitale Plattform ersetzt.

GrowPad Region Hannover: Beratung wohnungsloser Frauen per App (DSV)

Das Projekt plant die Entwicklung und Einführung einer App für wohnungslose Frauen. Die App soll Wohnungslosenhilfe und Gewaltprävention vernetzen, Rechtssicherheit bei der Unterstützung schaffen und die Selbstbestimmungs- und Datenschutzrechte der wohnungslosen Frauen schützen. Effizienter Einsatz und Übersichtlichkeit der Hilfsangebote sollen die Motivation der Betroffenen zur Selbstfürsorge stärken.

Leuphana Lüneburg: Innovative Stellenprofile zur Fachkräftesicherung (job Lab) (AW)

Das job Lab soll regionalen Unternehmen und Erwerbspersonen einen Raum geben, in dem frei gedacht und experimentiert wird und wo Job-Prototypen für die Zukunft entwickelt werden. Mit seinem Werkstattcharakter will das Job-Lab das Arbeiten von morgen schon heute definieren. Hierfür bringt das Job Lab Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen.

MH Hannover: Blut-mobil - Fernblutentnahme in ländlichen Gebieten (DSV)

Ziel ist es, patientenfreundliche Systeme zur Selbstblutentnahme zu entwickeln, zu testen und einzuführen. Chronisch kranke Menschen werden oft von Fachärzt*innen betreut, deren Praxen häufig weit entfernt liegen. Das führt bei Terminen zu hohem Aufwand, auch wenn es nur um eine Blutentnahme geht. In diesen Fällen verspricht die Selbstblutentnahme ein enormes Sparpotential für Patient*innen und Praxen.

Herausgeber:

26.05.2023, PM des Nds. Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Landesentwicklung

Steuerungsgruppe Soziale Innovation schließt die zweite Antragsrunde ab

Mitte Mai 2023 tagte die Steuerungsgruppe Soziale Innovation unter Federführung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und regionale Entwicklung (MB). Die Steuerungsgruppe besteht aus Vertreter*innen der Stellen für Soziale Innovation, dem Bundes- und Europaministerium, dem Sozial- und Wirtschaftsministerium, der NBank und dem Innovationszentrum.

Für die zweite Runde wurden aus insgesamt neun Projekte zur Einreichung eines Vollantrags ausgewählt, davon fünf aus der „Stärker entwickelten Region (SER) und vier aus der so genannten Übergangsregion (ÜR). Bei erfolgreicher Antragstellung können die neuen Projekte bereits ab dem 1. November 2023 an den Start gehen.

Es lagen 57 Projektideen zur Auswahl vor. Der große Andrang ist für uns als SSI der LAG FW ein Indiz für die zunehmende Bekanntheit und die Attraktivität des Förderprogrammes. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, wie anspruchsvoll sich das komplexe Auswahlverfahren in der mittlerweile 2. Förderperiode entwickelt hat.

Es zeigt sich deutlich, dass die erste Phase der Ideeneinreichung zunehmend herausfordernder und die Beratungsleistung sowie das Know-How der Stelle Soziale Innovation der LAG-FW im Bereich der Daseinsvorsorge wichtiger wird.

Interessiert?

Dann kommen Sie für Rückfragen, Programmvorstellungen und Beratungen gern auf uns zu:

Imke Schmieta, Stelle Soziale Innovation der Freien Wohlfahrtspflege

Telefon: 05 11 / 85 62 47 50

E-Mail: schmieta@lag-fw-nds.de

www.stelle-fuer-soziale-innovation.de

Sonstiges

Niedersächsischer Sozialpreis zum zweiten Mal verliehen

- Preise in vier Kategorien: Arbeitsplatz, Gemeinwesen, Sonderpreise Corona und Ukraine
- Schirmherr Wirtschaftsminister Olaf Lies
- Gestiftet von Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW) und Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN)

Gemeinsam mit Schirmherr Wirtschaftsminister Olaf Lies haben die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW) und die Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN) in vier Kategorien den Niedersächsischen Sozialpreis übergeben. Damit sprechen die Stifter LAG FW und UVN gesellschaftlich engagierten Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen Dank und Anerkennung aus.

Der Niedersächsische Sozialpreis verstärkt die Aufmerksamkeit für Unternehmen und Organisationen, die soziale Verantwortung übernehmen und ihre Beschäftigten darin unterstützen, sich sozial und gesellschaftlich zu engagieren und somit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden beitragen.

Die Preisträgerinnen und Preisträger erhalten neben einer Urkunde eine Skulptur des Kunstschmieds Alfred Bullermann. Er hat sie gemeinsam mit Mitarbeitenden der Caritas-Werkstätten Altenoythe erdacht und geschmiedet. Der Sozialpreis der niedersächsischen Wirtschaft wird von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V. und den Unternehmerverbänden Niedersachsen e.V. gestiftet und alle zwei Jahre vergeben.

Kategorien und Preise 2023

1. „Sozial am Arbeitsplatz“

Historisch-Ökologische Bildungsstätte | HÖB, Papenburg

"Ressourcenorientierte Organisationsentwicklung in Kindertagesstätten", gemeinsam mit BTO Barendorf und nifbe

[Link zum Video über das Gewinner-Projekt](#)

Im Rahmen des Projektes hat HÖB mit 21 Kitas in der Region Lüneburg innovative Ansätze entwickelt, die die Kitas langfristig stärken. In "Entwicklungswerkstätten" wurden energiegeladene Zukunftskonzepte entwickelt, in konkrete Handlungsschritte aufgegliedert und implementiert. In Zeiten von Personalangel, fehlender Work-Life-Balance, Zeitmangel und Zeitdruck werden Kindertagesstätten als attraktives Arbeitsfeld gestärkt, zufriedenes und gesundes Arbeiten

gefördert und eine angemessene Work-Life-Balance über verschiedene Lebensphasen hinweg unterstützt.

2. „Sozial für das Gemeinwesen“

[Cluster e.V. und Cluster Projekte GmbH](#), Hildesheim

[Link zum Video über das Gewinner-Projekt](#)

Die Freie Werkstatt des Cluster e.V. und Cluster Projekte GmbH setzt den Gedanken der Nachhaltigkeit um und bietet gleichzeitig praktische Berufsorientierung für Jugendliche. Der erlebte Einblick in handwerkliche Berufe ist überaus wichtig für die Berufsfindung und Motivation der jungen Menschen. Ressourcen und Kosten werden bei gemeinsam genutzten Werkstatträumen für Holz- und Metallarbeiten geringgehalten. Neben handwerklichen Fähigkeiten lernen die jungen Menschen auch soziale Kompetenzen. Für Jugendliche ist das Studio "Fitness im Viertel" kostenlos.

3. Sonderpreis 2023 „Hilfen in der Corona-Pandemie“

[Fachstelle Sucht und Suchtprävention im Landkreis Verden](#), Verden

Präventionsprojekt "(Cyber-)Mobbing - und raus bist Du!"

[Link zum Video über das Gewinner-Projekt](#)

Projekt zur Aufklärung über die Entstehung und Auswirkungen von Mobbing für die Beteiligten und zur Entwicklung eines Frühwarnsystems. Mobbingprozesse sollen frühzeitig erkannt, unterbrochen und die negativen sozialen und gesundheitlichen Folgen vermieden werden. Im Pandemiejahr 2020 stieg die psychische Belastung der Kinder und Jugendlichen. Mit neu entwickelten digitalen Formaten wie einer Schnitzeljagd, einem Quiz und Schulungen konnte das Projekt weitergeführt werden. Eine interaktiv ausgerichtete Unterrichtseinheit und eine Fortbildung für Lehrkräfte und die Sozialarbeit, um die Nachhaltigkeit des Projekts zu gewährleisten. Eltern werden mit Informationsbriefen und Veranstaltungen einbezogen.

4. Sonderpreis 2023 „Hilfe für die Ukraine“ – Video

[Premium Aerotec](#), Varel

Aktion "Glückspfennig"

[Link zum Video über das Gewinner-Projekt](#)

Die Beschäftigten der Premium Aerotec Industries am Standort Varel spenden monatlich ihren Rest-Cent-Betrag in einen Fördertopf. Diese Summe wird vom Unternehmen verdoppelt. 2022 gab es eine Sonderausschüttung in Höhe von 10.000 Euro für die ukrainischen Flüchtlinge in

der Region. Gemeinsam mit der Agenda Varel wurden 30 Projekte unterschiedlichster Art ausgewählt und finanziell unterstützt, zum Beispiel zwei Monate lang 9-Euro-Tickets für 120 Personen, ein ukrainischer Nachmittag, Schulausflüge, Gutscheine für Schulmaterialien, Therapiehundeprojekt, Übersetzungsgeräte, Unterstützung der Willkommensklasse oder Kauf von zweisprachigen Büchern für die Stadtbibliothek.

Zitate

Olaf Lies, Niedersächsischer Wirtschaftsminister

und Schirmherr des Sozialpreises:

„Soziale Verantwortung übernehmen, Beschäftigten den Rücken für ihren Einsatz stärken, für soziale Werte eintreten, für andere Menschen einstehen und etwas bewegen – all das ist nicht selbstverständlich. Deshalb ist es umso wichtiger, engagierten Unternehmen, Organisationen und ihren Mitarbeitenden Anerkennung entgegenzubringen. Solche Aktionen und Projekte sind wichtige Leuchttürme in unserer Gesellschaft. Wenn Sie besser gesehen werden, motiviert und inspiriert das auch andere. Deshalb freue ich mich besonders, als Schirmherr des Niedersächsische Sozialpreises diese vier Initiativen auszeichnen zu dürfen. Ich bedanke mich von Herzen für den Einsatz aller Beteiligten für unsere Gesellschaft und deren Zusammenhalt.“

Dr. Volker Müller, Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. (UVN):

„Mit dem Niedersächsischen Sozialpreis sprechen wir gesellschaftlich engagierten Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen Dank, Anerkennung und Respekt für ihre wichtige gesellschaftliche Arbeit aus. Auch in diesem Jahr haben wir viele Bewerbungen erhalten, die das große Engagement sichtbar machen. Wir freuen uns daher sehr, den Preis gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege unter der Schirmherrschaft von Wirtschaftsminister Olaf Lies zu vergeben, um Vorbilder zu präsentieren, andere zu animieren, auch aktiv zu werden und für sozial nachhaltiges Wirtschaften zu sensibilisieren.“

Dr. Ralf Selbach, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (LAG FW):

„Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen freut sich, dass die Ausschreibung für den Sozialpreis wieder eine große Resonanz gefunden hat. Das ist deshalb besonders zu erwähnen, da die Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege, aber auch nahezu alle Unternehmen in der Wirtschaft durch die Pandemie und durch den Krieg in der Ukraine in den letzten Monaten besonderen Belastungen ausgesetzt waren und auch noch sind. Daher ist es umso wichtiger, dass mit diesem Sozialpreis die Landesar-

beitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen als auch die Unternehmerverbände Niedersachsen ein gemeinsames Zeichen für ihre gesellschaftliche Verantwortung setzen.“